

## Antwort

der Landesregierung  
auf die Kleine Anfrage 3407  
des Abgeordneten Axel Vogel  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 5/8577

### Altersversorgung der sogenannten „Lückeprofessoren“

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3407 vom 24.02.2014

Der Verein „Altersversorgung für angestellte Professoren und Hochschullehrer neuen Rechts und Angestellte im höheren Dienst der Behörden in den neuen Bundesländern e.V.“ (VAV) und der Beauftragte der Bundesregierung für die NBL haben wiederholt auf die Versorgungsgerechtigkeit der sogenannten „Lückeprofessoren“ hingewiesen. Die Altersversorgung des betroffenen Personenkreises beträgt nur etwa 30 bis 35 Prozent im Verhältnis zum letzten Bruttogehalt. Die Zuständigkeit für die Lösung des Problems schieben sich Bund und die Landesregierungen der neuen Länder scheinbar gegenseitig zu. Seit einiger Zeit steht der Vorschlag im Raum, einen von Bund und neuen Ländern gemeinsam getragenen Fonds einzurichten, um die Gerechtigkeitslücke zu schließen.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. In welcher Form unterstützen sie die Einrichtung eines von Bund und neuen Ländern gemeinsam getragenen Fonds, um die Gerechtigkeitslücke bei der Altersversorgung der sogenannten „Lückeprofessoren“ zu schließen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

In welcher Form unterstützen sie die Einrichtung eines von Bund und neuen Ländern gemeinsam getragenen Fonds, um die Gerechtigkeitslücke bei der Altersversorgung der sogenannten „Lückeprofessoren“ zu schließen?

zu Frage 1:

Angestellte Professorinnen und Professoren, die vor dem 01.07.1995 berentet wurden, beziehen neben den Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Regelfall noch zusätzliche Leistungen aus der sogenannte DDR-Intelligenzzusatzversorgung (AVI). Für Professorinnen und Professoren, die nach diesem Datum berentet wurden, sind entsprechende Leistungen wegen einer Stichtagsregelung nicht mehr vorgesehen („Professoren neuen Rechts“). Die in der Bundesrepublik übliche Zusatzversicherung in der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder wurde in den neuen Bundesländern erst 1997 eingeführt. Leistungen sind daher frühestens bei Berentung ab dem 01.01.2002 möglich. Professorinnen und Professoren, die nach dem 01.07.1995 und vor dem 01.01.2002 berentet wurden, verfügen daher über keine staatlich getragene Zusatzversorgung.

Die Landesregierung vollzieht nach, dass dieser Zustand von den Betroffenen als unbillig empfunden wird. Sie unterstützt daher Bestrebungen des Beauftragten der Bundesregierung für die ostdeutschen Länder, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten, die Vorschläge für eine Kompensation erarbeitet. Sie wird auf eine rasche Einsetzung der Arbeitsgruppe dringen und sich daran beteiligen.